

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen.
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft für Druck und Verlagswesen
Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Noch heute Bürgerblock.

Die Verhandlungen vor dem Abschluß.

Im Reichstag versammelten sich am Dienstag vormittag kurz nach 10 Uhr die fünf deutschnationalen Unterhändler beim Reichskanzler Dr. Marx zur Fortsetzung der Aussprache über die Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung.

Die Verhandlungen, die bereits sehr weit fortgeschritten sind, wurden gegen Mittag abgebrochen.

Am fünf Uhr werden die Unterhändler wieder zusammenzutreten. Es wird als sicher angenommen, daß die Verhandlungen sehr rasch zum Abschluß kommen werden, so daß noch heute abend die neue Regierung gebildet werden wird.

Die liberalen Bürgerblockängste.

Und die geheimen Vorverhandlungen.

Die Sorgen, mit denen der bürgerliche Kulturliberalismus der neuen Bürgerblockzeit entgegengieht, kommen noch einmal in der 'Nationalliberalen Korrespondenz' zum Ausdruck, die schreibt:

Kommt die Regierungsbildung mit den Deutschnationalen zustande, dann ist die Deutsche Volkspartei die einzige Partei, die in der neuen Regierungskoalition für die großen Aufgaben und Ideale des Liberalismus eintritt.

Krach im Wiener Rathaus.

Radau der Kerikal-bürgerlichen Minderheit.

Wien, 25. Januar. (WIZ.) Im Wiener Gemeinderat kam es heute nacht zu äußerst stürmischen Kämpfen. Als die sozialdemokratische Mehrheit die von der christlich-sozialen Minderheit seit vielen Wochen geübte Opposition gegen die Steuerpolitik der Gemeinde durch Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte abschaltete.

Die christlich-soziale Minderheit kann und will es nicht verwinden, daß sie durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen - natürlich mit Proporz - ihre Rathaus Herrschaft verloren hat.

Abschluß einer Reichsanleihe.

500 Millionen zu 5 Prozent.

Heute mittag hat der geschäftsführende Reichsfinanzminister Dr. Reinhold mit einem Bankenkonsortium die Aufnahme einer Reichsanleihe von 500 Millionen Reichsmark zu 5 Prozent bei einem Auflegungskurs von 92 fest abgeschlossen.

Zu diesem Anleiheabschluß wird erläuternd nun zuständiger Stelle mitgeteilt: Die Tatsache, daß die Banken den ganzen

Die 'Germania' antwortet auf solche und ähnliche Beschwerden mit nicht unberechtigtem Hohn:

Wenn diese Gefahren wirklich bestehen, dann ist es die Deutsche Volkspartei, die sie heraufbeschworen hat, und die Organe wie die 'Tägliche Rundschau', die nun schon seit Monaten die bürgerliche Regierung fordert.

Zur Frage, ob es geheime Vorverhandlungen gegeben hat - was bekanntlich von den Deutschnationalen wie vom Zentrum lebhaft bestritten wird - äußern sich nun auch die 'Hamburger Nachrichten'. Sie versichern, sie hätten 'auf Grund von Informationen aus gutunterrichteten Kreisen' den Bürgerblock mit Marx schon vor Wochen voraussetzen können.

Pariser Urteil über Marx.

Paris, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der 'Quotidien' beschäftigt sich heute an leitender Stelle mit der deutschen Ministerkrise und stellt fest, daß das Zentrum ein Manifest veröffentlicht habe, in dem sich Marx verpflichtet, republikanische Politik zu treiben.

Anleihebetrag fest übernommen haben, zeigt ihre absolute Zuversicht, daß die Anleihezeichnung vollen Erfolg haben wird. Wenn der geschäftsführende Minister noch vor der Neubildung des Kabinetts die Anleihe abgeschlossen hat, so ist das aus der Ueberzeugung geflossen, daß der Geldmarkt sich nicht um Regierungskrisen kümmert und nicht die Sicherheit besteht, daß die gegenwärtige Geldflüssigkeit solange anhält, bis das neue Kabinett zum Anleiheabschluß kommt.

Neue Schwierigkeiten wegen Ostfestungen.

Neue Instruktionen für General Pawels.

Während die Pariser Presse den Stand der Verhandlungen über die 'Restpunkte' als günstig bezeichnet, scheint, wie aus einer Meldung der TL hervorgeht, doch eine durch neue Schwierigkeiten hervorgerufene Pause eingetreten zu sein.

Die TL führt diese Wendung auf den Einfluß wichtiger polnischer Instanzen zurück, die bestrebt seien, die aussichtsreichen Verhandlungen in letzter Stunde noch zu erschweren.

De Justh einstimmig schuldig gesprochen.

24 Tage Gefängnis und Landesverweisung.

Genf, 25. Januar. (WIZ.) Das Urteil im Prozeß Swan de Justh wird heute nachmittag gefällt werden. Aus den am Dienstag abgehaltenen Beratungen der Kriminalkammer, die aus drei Bundesrichtern besteht, geht hervor, daß Swan de Justh zu 24 Tagen Gefängnis, verbüßt durch die Untersuchungshaft, 500 Franken Geldstrafe und 10 Jahren Landesverweisung sowie zu den Kosten des Prozesses verurteilt werden wird.

Magnatenhaus und Monarchie.

Aristokratie und Kapital: Ungarns Herren.

In Budapest konstituiert sich am 28. d. M. der neue Reichstag, bestehend nunmehr aus Abgeordneten- und Magnatenhaus, und wird am 29. von Horthy feierlich eröffnet.

Die Namen Horthy, Bethlen, Hejjas sagen eigentlich genug. Doch wenn man fragt, wer der Herr im heutigen Ungarn ist, sollte man eine Arbeit des größten Romandichters des heutigen Ungarns, des besten Kenners des ungarischen Bauern, Sigmond Moricz, lesen.

Stellt man diese Tatsache dem prächtigen Bilde der Eröffnung des neuen Reichstages gegenüber, dann weiß man erst, wer der Herr im heutigen Ungarn ist. Da steht ein Horthy in seiner Admiralsuniform. Um ihn herum Mordergesichter, Leibgarde, mit mittelalterlichen Hellebarden und modernsten Handgranaten.

Ja, wo sind denn überhaupt die Volksvertreter? Wo sind die Arbeiter? Wo sind die Bauern? Man sieht ausschließlich Gentry, Magnaten, ausschließlich Uniformen, Galasleider. Wo ist das Volk?

Die Sozialdemokraten waren im vorigen Parlament mit 25 Mandaten vertreten. Jetzt sind es 14; sie sind nicht erschienen. Nachdem sie den schändlichen Pakt von 1921 mit dem Grafen Bethlen zerrissen haben, sind sie hartnäckig. Nun aber, wo sind die Vertreter der 850 000 Bauernfamilien?

Die ganze Macht der ungarischen Verwaltung, die Stuhlrichter, die Gendarmerie, das Militär, die 'Ermachenden Ungarn' und die Geheimverbände wurden mobilisiert, das Geld des jüdischen Kapitals, die Drohungen der Fabrikherren und der Amtsleiter, der mörderische Giftstrom des Alkohols der auf Staatskosten ausshenkenden Wirtschaften, dies alles ist aufmarschiert gegen eine Wählerschaft des Jenseitswahlrechts und der offenen Abstimmung.

Aus diesen Tatsachen erfährt man, wer der Herr des heutigen Ungarn ist. Es ist die tausend Leute umfassende Gentry und Magnatengesellschaft, eine äußerst verschwisterter Aristokratie, die sich die Habsburger-Monarchie zurückwünscht, weil sie nur in ihr einen tatkräftigen Schutz ihres Besitzes erblickt. Jede andere Herrschaft, hieße sie Republik, hieße sie Karolyi, Bela Kun, hieße sie selbst Horthy oder wie immer, ist in ihren Augen eine Unsicherheit, eine Gefahr. Habsburg dagegen bedeutet für sie die Ruhe und das ungestörte Gedeihen, die Rückkehr zum alten, legitimen Stand der Dinge, wo Vorrecht und Besitz noch nicht einmal auch nur angezweifelt werden durften. Bureaucratie, Kasernen, Kapital und Kirche haben sich dieser aristokratischen Interessengemeinschaft zugesellt, die von einem Horthy und Bethlen mit deren Terrororganisationen, von Richtern, Steuerämtern und Parlament so ausgezeichnet bedient wird. Bethlen bringt mit seinem neuen Parlament die Habsburger-Monarchie, er verbarrikadiert den Weg der Bodenreform und bereitet den Renouveau- und Wiedereroberungskrieg um die verlorenen Gebiete vor. Das ist der wahre Sinn seiner Politik, dazu brauchen er und seine Standesgenossen und dazu belamen sie auch die einheitliche Wehrheit.

In seinem Bestreben nach dem Schutze des Besitzes und Drang nach der Habsburger-Monarchie hat Bethlen sogar gewisse Opfer gebracht. Er hat das hochgeborene Magnatenhaus dem unerhörten Skandal ausgesetzt, daß zunächst der 82 Jahre zählende Oberrabbiner Koppel Reich als Alterspräsident den Vorsitz führen werde, und zwar mit dem Erzherzog Albrecht, dem Thronpräsidenten, als Altersschrifführer! Graf Bethlen riskierte die Wahl zweier Oberrabbiner ins Magnatenhaus nur, um dadurch das Großkapital und das jüdische Bürgertum im gegenrevolutionären Lager zu einigen. Das ist ihm gelungen. Die Arbeitererschaft steht notwendigerweise vollkommen verlassen, allein auf der anderen Seite des Klassenkampfes.

Während seiner sechsjährigen Regierung hatte Bethlen, während seiner achtjährigen Macht hatte Horthy nur einen einzigen gefährlichen Gegner: eben jene tausend Leute, deren 250 Söldlinge heute im Magnatenhaus, deren 222 Vertreter heute im Abgeordnetenhaus sitzen. Besonders nachdem Karl Habsburg mit Waffengewalt verjagt und seine Putschminister verhaftet wurden, hielten die Herren des ungarischen Bodens die augenblicklichen Machthaber, mit Horthy an der Spitze, für Revolutionäre, für eine arge Gefährdung ihrer Sicherheit und Besitzes. Jetzt aber wurden die Putschminister von 1921 auf der amtlichen Liste der Bethlen-Partei in den neuen Reichstag gewählt; nun richtete Bethlen das sichtbare Sinnbild der wahren Macht in Ungarn: das Magnatenhaus, wieder auf. Nun bezogen die Habsburger die Ehrenplätze im Oberhaus der ungarischen Gesetzgebung. Damit ist die Entthronung der Familie Habsburg rückgängig gemacht, die Sünde Bethlens und Horthys vergessen. Graf Bethlen erscheint auf dem Plane als alleiniger möglicher Vorkämpfer der Habsburger-Monarchie, der Mann, der auch die Kraft und Mittel besitzt, die Monarchie in absehbarer Zeit wieder aufzurichten. Er bewies, daß er vor nichts, aber schon vor gar nichts zurückscheut, um den Besitz und die den Besitz sichernde Monarchie zu verteidigen. So und nicht anders gewann er sowohl im Unter- als auch im Oberhause das unbedingte Vertrauen der Interessengemeinschaft der Gentry, Aristokratie und des Großkapitals. Durch seine Wahlen bewies er, daß er sich nicht, aber schon gar nicht um den Willen von 850 000 Kleinbauernfamilien kümmert, sondern seinen Schrittes den geraden Weg zur Herstellung der Monarchie betritt. Republik heißt in Ungarn: Bodenauflösung; Monarchie heißt: unantastbarer Besitz, unantastbare Vorrechte. Graf Bethlens großes Werk steht unmittelbar vor der Vollendung. Und wird dieser oder jener Habsburger zum König von Ungarn gekrönt, so bleibt nur noch der Dank der Herren von Ungarn an Horthy und Bethlen abzustatten übrig: zehntausend Joch an Horthy, zehntausend an den Grafen Bethlen.

## Konservatives Zentrum.

Die Rechte rührt sich.

Gerade in diesen Bürgerblocktagen, die durch ein Zentrumsmanifest aus der Feder Dr. Wirths gekennzeichnet werden, begnügt die „Germania“ mit der Distussion über das Hausrecht des konservativen Gedankens im Zentrum! Der um dieses Hausrecht sich besonders bemüht, ist der aus der preussischen Zentrumsfraktion bekannte Gutsherr v. Bapen aus dem Münsterlande.

Dieser Bapen beruft sich für seine Ablehnung des landläufigen Gleichheitsideals, auf dem die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in der Weimarer Verfassung beruht, auf die Arbeiterenzzyklopaediae des XIII. Er konstruiert aus dieser kirchlichen Kundgebung, der Satz der Weimarer Verfassung, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, sei „jeden vernünftigen Grundes bar und nicht imstande, die öffentliche Ruhe und Sicherheit auf die Dauer zu erhalten“. Auf Grund solcher Auffassungen verlangt v. Bapen, daß der konservative Gedanke gerade da Sicherungen einfüge, wo „schon ein zu großes Maß von Macht in den Händen der Allgemeinheit ruhe. Als solche Sicherheiten sieht er die Aenderung des Wahlrechts, die Schaffung einer zweiten Kammer, die Einsetzung „autoritärer Regierungen“ und dergleichen, also die Verwandlung der republikanischen Verfassung in ihr Gegenteil an.

Offenheit ist immer besser als das Wandeln auf Schleichwegen. Deshalb ist die Offenheit Bapens auch von denen zu begrüßen, der in dieser Art konservativer Zentrumsgedanken eine Gefahr für die mühevoll aufgebaute politische Gleichberechtigung der Arbeiter erblicken muß. Man weiß wenigstens, woran man ist. Das werden auch die christlichen Arbeiter einsehen, die erst kürzlich in Köln eine sehr unangenehme Zentrumskabare erlebten. In der „Deutschen Republik“, der Zeitschrift Dr. Wirths, war über die Kandidatur für das Kölner Regierungspräsidium zu lesen:

Die christliche Arbeiterschaft hatte nämlich für dieses Amt den Reichstagsabgeordneten Peter Schlaaf in Vorschlag gebracht. Sie hatte dafür stichhaltige Gründe anzuführen. Schlaaf ist der Leiter der christlichen Genossenschaftsbewegung und eine in der Organisation erfahrene Persönlichkeit. ... In der Ernennung Schlaafs hätte sie eine Anerkennung und die Befestigung ihrer Bedeutung durch die Zentrumspartei erblickt. Die zuständigen Instanzen der Partei, denen hier ein Vorschlagsrecht zustand, lehnten ihn aber mit sechs gegen zwei Stimmen ab und wiederholten diese Ablehnung fünf- oder sechsmal. Dafür stimmte lediglich der Arbeitervertreter und der Oberbürgermeister von Aachen. Nicht so sehr die Tatsache der Ablehnung selbst als die Begründung hat in der christlichen Arbeiterschaft tiefgehende Verbitterung hervorgerufen und eine Distussion entfesselt, die für den Zusammenhalt der Partei nichts Gutes verspricht. Trauen doch in den Verhandlungen alle jene gesellschaftlichen Vorurteile zutage, die man längst überwunden glaubte. Es wurde darauf hingewiesen, daß nur eine verwaltungsmäßig vorgewählte Persönlichkeit das Amt des Kölner Regierungspräsidenten verwalten könnte, und daß dazu gewisse repräsentative Verpflichtungen gehörten, die eben nicht von einem „einfachen“ Manne erfüllt werden könnten. Auch die Frau Regierungspräsidentin spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle. Offen und im Unterbewußtsein wirkten dabei alle jene Strömungen zusammen, die eine instinktive Abneigung gegen alle aufsteigenden Kräfte von unten empfinden und die die nicht für voll ansehen, die ihre Stellung im öffentlichen Leben lediglich dem eigenen Fleiße und nicht etwa programmäßiger Schulbildung verdanken. Gewiß, man hat das nicht so offen ausgesprochen, was das hier steht, aber die Arbeiterschaft fühlte, um was es hier ging, und empfand die Ueberzeugung ihres Kandidaten als eine Art gesellschaftlicher Achtung. Der Spalt in den Reihen der christlichen Zentrumspartei ist tief und geht bis auf den Grund. ...

Der Fall Köln zeigt die rauhe Wirklichkeit. Der Bürgerblock ist im Zentrum selbst bereits so mächtig, daß er

die Arbeiterkandidatur mit einer Handbewegung wegwischen kann, weil die „Frau Regierungspräsidentin“ nicht „repräsentationsfähig“ ist, d. h., weil die höheren Töchter der höheren Beamten nicht mit der Frau eines ehemaligen Arbeiters an einem Tische sitzen möchten.

Was v. Bapen jetzt liefert, ist nur die theoretische Begründung für die auch im Zentrum längst wieder eingetretene Klassenscheidung, für die die christlichen Arbeitermassen durch Stegerwald die Staffage leisten müssen.

## Barmatprozeß.

Widersprüche in den Aussagen Schröders und Rugges.

In der heutigen Verhandlung wurde Staatsbankpräsident Schröder noch einmal vernommen, da seine Aussagen zum Teil im Widerspruch zu den Aussagen Rugges stehen. Schröder hatte behauptet, nach dem Beschluß des Direktoriums vom 15. Juni, auf Rückzahlung eines Teils der Kredite zu dringen, habe Geheimrat Rugges erklärt, Barmat könne an diesem Termin überhaupt nichts zahlen. Rugges behauptet dagegen, nichts Berichtiges gesagt zu haben. Der Widerspruch wird in der Vernehmung nicht geklärt. Ungeklärt bleibt auch der Widerspruch, der darin liegt, daß Schröder behauptet, von der Weitergewährung beträchtlicher Kredite nach dem Beschluß des Kreditabbaues nichts gemußt zu haben, während Rugges behauptet, nie einen größeren Kredit ohne Einverständnis des Direktoriums herausgegeben zu haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird darüber gesprochen, daß der Schwiegervater Rugges im Interesse der Staatsbank im Barmat-Kongress tätig war. Rugges behauptet, daß die Berichte seines Schwiegersohnes die Staatsbank in der Ueberzeugung gestärkt hätten, daß die Kredite abgebaut werden müßten.

Es folgt die Vernehmung des Oberfinanzrats a. D. Dr. Rüge. Auf Befragen des Vorsitzenden gab er zunächst an, daß er an den hauptsächlichsten Krediten für Barmat im Februar-März 1924 insoweit mitgewirkt habe, als sie in der Direktion besprochen worden seien und daß er auch in der Jinsfrage sich insoweit betätigt habe, als Barmat einmal zu ihm gekommen sei, um von ihm eine Jinsermäßigung zu erlangen. Er, Rüge, habe zeitweise Geheimrat Rugges vertreten. Hellwig habe in der Generaldirektion in seinem ersten Vierteljahr viel über die Barmat-Kredite gesprochen, auch über die Gesamthöhe dieser Summen. Er bestätigte weiter den Beschluß der Direktionsteilung im Mai, daß Kredite für Rüstler, Michael und Barmat nicht weiter erhöht, sondern abgebaut werden sollten, nachdem Rugges ihm schon vorher Vorwürfe wegen des Anwachsens der Rüstler-Kredite gemacht hätte. Ob Hellwig in dieser Sitzung zugegen gewesen sei, wisse er nicht. Rugges habe es dann übernommen, mit Barmat zu verhandeln und habe über das Ergebnis dahingehend berichtet, daß Barmat im August mit der Rückzahlung beginnen wolle. Eine Versicherung, daß Barmat im Juni nicht zurückzahlen könne, sei ihm nicht zu Ohren gekommen. Dr. Rüge bestätigte ferner, daß die Generaldirektion trotz ihres Beschlusses vom 19. Mai Barmat auf einen Wechsel einen weiteren Kredit von 500 000 M. bewilligt habe.

## Kreistagswahlen in Südslawien.

Zum erstenmal vorgekommen.

Belgrad, 23. Januar. (MTB.) Die Kreistagswahlen haben keine wesentliche Veränderung in dem Stimmverhältnis der politischen Parteien herbeigeführt. Da diese Wahlen zum erstenmal vorgekommen worden sind, ist ein Vergleich nicht möglich. Ein Vergleich mit dem Bestigstand der Parteien in der Stupskina ergibt, daß die Radikalen ihre alte Stellung behauptet und außerdem in der Wolowina Stimmen gewonnen haben. Diese Gewinne sind zum Teil auf ihre Wahlkompromisse mit den Deutschen zurückzuführen. Die Anhänger Radikal's haben in Dalmatien, der Wolowina und in Kroatien an die Radikalen, die selbständigen Demokraten und die kroatischen Föderalisten Stimmen verloren. Die Dawidowitschpartei und die Demokraten haben ihre Position behauptet, in Belgrad selbst aber Stimmen verloren. Die Deutschbürgerlichen haben durch die gemischte Liste mit anderen Parteien Vorteile erzielt. In Agrum sind zwei Kommunisten, in Laibach und Marburg je ein Sozialist gewählt worden. Es erhielten die Radikalen 451, die Radikal-Anhänger 190, die Demokraten 145, die kroatischen Föderalisten 83, die selbständigen Demokraten 75, die Landwirte 24, die Deutschbürgerlichen 19, die Ungarn 14, die kroatischen Föderalisten 15, die Sozialisten 7 und die Kommunisten 2 Mandate. Es fehlen noch die Ergebnisse der Verteilung von 200 Mandaten.

## Schnee in der Dämmerung.

Von Hans Blind-Didsmaren.

I.

Die Wolken fixieren ihr erstes Grau über die Erde, der Tag hat Schlaf in den Augen. Über der Schnee hat nun einmal das Licht eingeklungen und es dämmert weiß und will nicht aufhören zu leuchten. Der Weg, der sich vor mir öffnet, ist überhangen von türbeschweren Ästen, die sich lautlos berühren und ihre frierenden Hände aneinander schließen. Der Fuß knirscht, langsam Schritt um Schritt geht es vorwärts. Es ist aber nicht die Mühe des Wanderns, die die Glieder schwer macht. Das Auge möchte ja bei jedem Blick onhalten und bräunern. Alle Zweige beugen sich wie weiße Lastträger. Bis über die Schultern voller Würde rühren sie sich doch nicht, aus Furcht, ein Witziges zu verlieren. Dazu der Reif der letzten Nacht, der alle Stämme mit fingerlangen dünnen Weilen überschüttete. Ein mildes, weißes Leuchten ist stets des Abends in meinem Laubengang.

II.

Das Land draußen dämmert. Ein paar nackte schwarze Kniehölzer stehen hoch, wo ein Wanderer vor mir eine Wurzel am Weg überstolperte. Alles andere ist eine Vielheit leuchtender grauer Farben, nie gesehen als in diesem kurzen Augenblick sinkenden Schneebands. So unirdischen Glanzes voll sind sie so unbegreiflich in Weite und Nähe, man ist über die Wirklichkeit dieser Erde hinaus in einer behenden Furcht vor tieferer Verwandlung. Fürwahr, liebe man sich in diesen Farben treiben, man strandeit irgendwo in einem unbekanntem Jenseits von Fleisch und Blut. Wer sagte denn je, wer wußte, daß aus diesem täglichen Grau so vielköstiges Leuchten entstehen könnte, solch Blüten aus einer einzigen Farbe? Weithin geht mein Weg. Die schneeschweren Zweige decken ihn gegen den grauen Himmel, mein Fuß knirscht in die Lautlosigkeit, Kopf schwer und beraucht.

III.

Ein laises Klopfen. Rein, kein Fremder, kein ferner Holzfüßler! Der Schnee nicht, ein winzig kleiner Geselle stäubt an der Fichte hoch, läßt blühend von Zweig zu Zweig, jagt kaum hörbar und weht mit seinem krummen Schnabel an den morschen Zweigen. Die Fichten und krummen Tannen rundum hoch, sie achten nicht auf mich, den Ungeheuer, Lappschweif, aber dem tollen Kreuzschnabel folgen sie alle mit ihrer Aufmerksamkeits. Er ist ihre Winterzugabe. Er findet den Frost tausendmal schöner als den heißen Sommer mit seinem karmesinen Leben. Ich, der Kreuzschnabel findet sein Weib im Schnee, er baut sein Nest in den frierenden Fichtenzweigen, er sitzt aufs Brut. Singsie ehe diese Welt zu ihrem vertriebenen Frühling erwacht, hat er ihr ein Schnippen geschlagen und läßt die schlügen Jungen ausfahren. Da mögen die anderen den Sommer über Mühe und Sorge haben, er kann faul zusehen, der Eulenpiegel hat

längst seinen Berg überwunden. Wie hat er's auch eifrig Das stäubt und huscht, äugt misstrauisch um den Stamm, was ich da zu suchen habe, und weiß ganz genau, sein Rest bleibt mir verborgen, ich kann mir die Augen ausschauen.

IV.

Es ist dunkel geworden, ich bin wieder in der Ebena, das letzte Licht zergerbt am Weg. Ein paar Sterne sind aufgedröhen und suchen mit dem fernen funkenden Dorf zu weiseln. Die Straße ist breiter geworden, ein paar Bäume steigen auf, wandern einige Schritte mit und bleiben zurück. Eine Hütte am Weg; aus dem Fenster fällt vierkant der gelbe Schein in drei breite einsame Fichten. Ihre Schneelast glänzt im Licht haufarben, wie Hände, menschliche Hände, die den Boden segnen, oder den Weg, der zum Hause führt. Während ich vorbei gehe, bleibe ich ein paar Schritte lang stehen. Es kam wie ein Kinderweinen hinter der Schwelbe hervor. Der dunkle Schatten einer jungen Frau oder eines Mädchens steht auf und das Weinen verstummt, die gelben Hände der Fichte bebten froh, streifen mich und leuchten den Weg hinaus. Aber die Straße knirscht schon wieder unter meinen Schuhen, die Sterne verblasen in einem aufkommenden Nebel und die Lichter versiegen. Ich denke an die Häuser, die warm am Wege liegen, ich denke der schönen Welt, die unter dem Dunkel liegt. Ich habe meine Augen noch voll Glanz, stoße vorsichtig mit dem Stock den Weg voran und taste dem leuchten Bruder Nebel die Stirn ab.

Endlich ein Film! Auch beim Film ist die Darstellung immer noch die Seele des Spiels. Elizabeth Bergner hat es uns wieder einmal ins Gedächtnis gerufen. Wie diese besessene Künstlerin uns in dem nach Balzac's Roman „Die Herzogin von Langenis“ gestalteten Film „Liebe“ ein Schicksal miterleben läßt, ist ein neuer Beweis ihrer hohen Kunst. Alle Emotionen einer romantischen Liebe, die tänzelt und spielt, die aus Liebe verjagt und doch alles magt, und dann in der Blüte gefnickt ins Grab des Klosters flieht, breitet sie leuchtend vor uns aus. Unendlich holdes, kindhaft Reines ist in ihr. Ihr Regisseur Paul Czinner hat restlos die Handlung ins Bildhafte überleitet. Bravo! er spielt er mit den Mitteln seines Meisters, wenn er die gespannte Erwartung der Herzogin malt, oder das Entsetzen eines Gerichts schilbert. Wirklich endlich ein Film! Die Festvorstellung im Capitol, die die Bühnengenossenschaft veranstaltete, dauerte drei Stunden und erfreute sich außerdem der Mitwirkung von Radlova, Schürendorf und der Solovatin. Präsident Gustav Rickelt eröffnete sie mit einer die Beziehungen von Film und Theater würdigenden Ansprache. Der Erfolg des Abends war in jeder Hinsicht vollkommen. Aber ist es wirklich nötig, daß solche Veranstaltungen bis 1 Uhr nachts dauern?

Max Fallenberg's Jamadil in „Familie Schloß“ ist uns — im Deutschen Künstlertheater — wiedergekehrt. Es liegt ein gewisser Bekanntheit und allerhand sonst dazwischen, Jamadil's Leute haben ihren statischen Stolz und brauchen nicht mehr nach Wien auszuwandern und sich dort als Fremdkörper zu betätigen,

wie es dieser Jamadil tut. Mit seinem böhmischen Dickhäutler verlegt er sich darauf, ein Virtuoso im Schlammieren zu sein. Aber langem wir nicht an „schlich“ zu werden. Denn dieser Fallenberg'sche Jamadil ist ein Ding an sich, unmeßbar, unvergleichbar, unerreicht. Kann man sich einen anderen als Jamadil denken? Hat sich Gustav Kadelburg selig jemand anderen gedacht? Ausgeschlossen! Was aber die Jamadilsprache betrifft, so hat sie mit unserem Deutsch einfach schon längst das gemacht, was jetzt der Rusik durch das „schliche Bösn“ geschieht. Das ist auch ein Fremdkörper — aber unsere Zeit kann ohne ihn gar nicht mehr leben. Man wird sehen, wie nötig ihr der Johann Nepomuk Jamadil ist.

Deutsch-französischer Schüleraustausch. Einer Initiative der Deutschen Liga für Menschenrechte folgend hat sich im vorigen Jahre sowohl in Deutschland wie in Frankreich je ein Komitee gebildet, das es sich zur Aufgabe setzte, deutsche und französische Schulkinder untereinander auszutauschen, um so auf praktische Weise dem Gedanken der Völkerverständigung zu dienen. Nach dem sechsten zusammenfassenden Bericht des deutschen Komitees war bereits das erste Austauschjahr überaus erfolgreich. Es konnten 42 Austauschpaare zustande kommen. Wie aus fast sämtlichen Dankbriefen der ausgetauschten Schüler und Schülerinnen hervorgeht, waren diese überaus froh über die freundliche und lebenswürdige Aufnahme in den französischen Familien und haben keinen größeren Wunsch, als in diesem Jahre wieder nach Frankreich gehen zu können. Der Austausch, dessen Gedanke schon vor zwei Jahren durchzuführen versucht worden war, damals aber an Pöhschwierigkeiten scheiterte, geht in verhältnismäßig einfacher Weise vor sich: Der deutsche Schüler lebt etwa vier Wochen in einer französischen Familie mit einem möglichst gleichaltrigen und ähnlich interessierten Sohn, der dann mit dem deutschen Schüler zusammen zu einem etwa gleichlangen Aufenthalt in dessen Familie nach Deutschland reist. Beim vorjährigen Austausch lag das Durchschnittsalter der ausgetauschten Schüler zwischen 16 und 17 Jahren; zumeist waren es Kinder aus den sogenannten intellektuellen Kreisen, und zwar fast ausschließlich aus der Provinz. Es ist interessant, daß einer der Schüler, der nach Paris kam, in keinem im übrigen begeisterten Bericht den Wunsch aussprach, das nächstemal doch lieber in eine französische Provinzstadt geschickt zu werden. Das Komitee hofft, den Austausch in größerem Umfange fortsetzen zu können.

Paul Cofferer, Bildhauer, 85, eröffnet am 30. eine Sonderausstellung „Portraits von César Rodin's“, die Menschen- und Tierbildnisse aus allen Epochen des Stilkunst bis in die neueste Zeit zeigen wird.

Die Kunstausstellung Victor Corberg, Schöneberger Ufer 41, zeigt im Februar eine Ankündigungsausstellung Meta Cohn-Hempel, Gemälde und Aquarelle aus Norwegen, und E. Roda, Rodin's, Aquarelle.

Eugenie Eugendoms sangt mit ihren Schülern und Schülern im Singsänger-Saal am 29. um 8 Uhr.

Eugenie Dupin, der französische Chemiker und Erfinder des Explosivstoffes Nitroin (1887), ist im Alter von 78 Jahren in Paris gestorben.

Der Rektor der Päpstlichen Sorbonne, Copie, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Er hatte sich besonders mit philosophischen und pädagogischen Arbeiten befaßt.

# Kleinröcklich oder großdeutsch?

Der Kampf um die Studentenschaft. — Beschluß der Berliner Studentenvertretung.

Gemäß den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten und vom Landtag angenommenen Entwürfen hatte der Kultusminister Dr. Becker, unterstützt durch eine von den Volksparteilern bis zu den Kommunisten gehende Zustimmung vor Weihnachten den preussischen Studentenschaften in einem Schreiben die Forderung gestellt, bis Ende Februar sich zu entscheiden, ob sie gewillt seien, in der Zulassung der Auslandsdeutschen und in der Verbindung mit nichtpreussischen Studentenschaften einseitige völkische Gesichtspunkte fallen zu lassen. Die deutsche Studentenschaft hat nach einem anfänglich sehr robiaten Protest es vorgezogen, durch eine für Ende Januar nach Magdeburg einberufene Zusammenkunft der preussischen Studentenschaftsvertreter einen kompromissartigen Ausweg zu suchen. Allerdings wünschen die Herrschaften dabei offenbar möglichst unter sich zu sein und fordern daher, daß von jeder Universität nur ein Vertreter, praktisch also in den meisten Fällen ein Repräsentant der völkischen Majorität, erscheine.

Nachdem schon in den rheinischen Universitäten und neuerdings auch in Köln und an anderen Orten sich Zeichen einer besseren Einkehr bemerkbar gemacht haben, hat nun auch die gestrige Sitzung der Berliner Studentenvertretung den Beschluß gefaßt, zwei Vertreter der Minderheit zu der Besprechung nach Magdeburg zu entsenden. Die Sitzung, in der dieser Beschluß gefaßt wurde, war insofern interessant, als sie zeigte, daß man offenbar in Fragen der Zugehörigkeit zu Einzelstudentenschaften den Wünschen des Landtages entgegenzukommen bereit ist, allerdings die im Landtagsbeschlusse klar herausgearbeitete Verantwortlichkeit des Rektors in Fragen der Zulassung von Auslandsdeutschen zugunsten einer in keiner Weise ersprießlichen studentischen Mitberatung abschwächen möchte. Unklarheiten in der verantwortlichen Entscheidung dürften bei der heutigen Einstellung der studentischen Mehrheiten besonders bedenklich erscheinen und könnten daher nicht als Ausweg akzeptiert werden. Noch weniger aber scheint man in der Frage der Koalition mit den auslandsdeutschen, sozial nicht anerkannten, völkischen Studentenvereinen nachgeben zu wollen. Gerade hier wird es Pflicht des Ministeriums sein, den Wünschen der durch die Landtagsmajorität repräsentierten überwiegenden Mehrheit der preussischen Staatsangehörigen Rechnung zu tragen.

Nachdem bereits Genosse Krüger, der Führer der durch die letzten Wahlen recht stark angewachsenen sozialistischen Studentenschaft, diesen Standpunkt dargelegt hatte, ergriff im Laufe der Debatte der Leiter des Verbandes sozialistischer Studentengruppen Deutschlands und Österreichs, Dr. Friedländer, das Wort, um nachzuweisen, daß die bisherigen Zustände in jeder Hinsicht unhaltbar seien. Er zog auf Grund seiner mehrjährigen Erfahrungen eine Bilanz der Tätigkeit der deutschen Studentenschaften, die tatsächlich schlicht und vernünftig lautete. Außenpolitisch ein völliges Versagen gegenüber einer großen Zahl von Erfolgen der studentischen Linken, die heute die maßgeblichste Position der großen internationalen Bänderungs-Studentenorganisation in Händen hat. Innenpolitisch eine so schlechte Verwaltungstätigkeit, daß die einzig wirklich funktionierende Organisation, nämlich die studentische Wirtschaftshilfe, um erfolgreich arbeiten zu können, auf eigene Füße gestellt werden mußte. Dazu eine solche Fülle von größtenteils in der Amtsmißbrauchs- und der Unterdrückung, daß deutlich sichtbar wird, wie durch die einseitige völkisch-politische Ausweitung der Amtsbereiche sachliche Gesichtspunkte zu kurz gekommen sind, und in etwa zwei Dutzend Fällen die größten Schreier, die auch zugleich die größten Taten hatten, an verantwortlichen Posten gestellt wurden.

Genosse Friedländer führte vor allem aus, daß die von völkischer Seite getragene „Arbeit am deutschen Volkstum“ in trafen Widerspruch zur Haltung gegenüber dem Volksstaate stehe, dessen oberster Grundsatz doch gerade lautet: „Alle Gewalt geht von der Masse aus.“ Der Gegensatz zwischen den Sozialisten und den freiwirtschaftlichen Studenten auf der einen Seite und den völkisch-reaktionären auf der anderen, sei am besten in die Worte zu fassen: Großdeutsch oder kleinröcklich? Mit dem Entwurf, man könne sich nicht in fremde studentische Verhältnisse einmischen, entkräftet man nicht den Vorwurf, daß man sich in die eigenen studentischen Verhältnisse berart einmische, daß man reichsdeutsche Studenten zwingt, Zwangsbeiträge zu rein politischen Privatorganisationen zu zahlen, die den großdeutschen Gedanken schädigen, indem sie Tausende von deutschen Studenten einfach von der Gleichberechtigung ausschließen. Für Sozialisten sei schon die Beschränkung auf die Gleichberechtigungserteilung an deutsche Studierende ein Kompromiß. Denn sie glauben, daß gerade die Hochschulen, so wie es auch größtenteils im Auslande bereits der Fall sei, jedem Studierenden, ob arm, ob reich, ob Inländer, ob Ausländer, das gleiche Recht der Mitbestimmung geben müßten. Ganz unerträglich aber sei es, wenn offen zugegeben werde, daß man eher frühere russische Offiziere aus dem Baltikum zur Gleichberechtigung hinzulassen wolle, als solche Deutsche, die auf Grund des arischen Viehzüchterstandpunktes nicht als rassentrein begutachtet würden. Es sei bedauerlich, daß man beispielsweise für das, was ein Ludo Hartmann, Hugo von Hofmannsthal, Arthur Schnitzler, Siegmund Freud für die Weltgeltung deutschen Desideriums bedeuten, in diesen wissenschaftlich interessierten Kreisen „keinerlei Verständnis habe“. Erst dann, wenn die Völkischen wirklich ihren „Volkssinn“ zugunsten der breiten Schichten des Volkes so betätigen, wie es etwa in Wien die sozialistische Gemeinde tue, dann würde man in ihren Handlungen die Widerspiegelung ihrer schönen Worte sehen, so aber könne ihnen kein Glauben geschenkt werden. Die sozialistischen Studenten zögen es vor, dafür zu arbeiten, daß statt der hier sitzenden völkischen Privilegierten den wirklich Begabten des deutschen Volkes der Weg zu den Bildungsstätten geöffnet werde. Das sei ihr Dienst am Volkstum und in diesem Sinne sei auch ihre Stellung im Verfassungskampfe gegeben: Unbedingtes Festhalten an den Beschlüssen des Landtags.

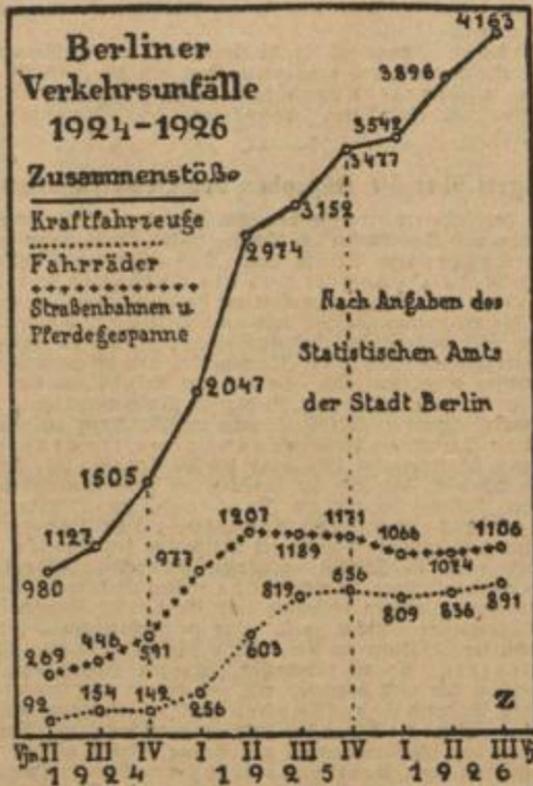
## Neue Vorstöße gegen Pilsudski und Rataij.

Anlageerhebung gefordert wegen der Wehrkräftenverhaftungen.

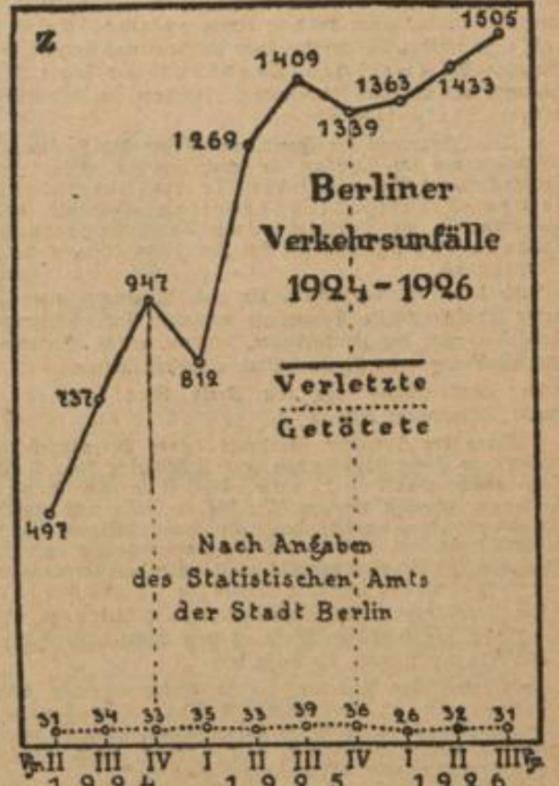
Warschau, 25. Januar 1927. In politischen Kreisen verlautet gerüchelmäßig, daß der wehrkräftige und ukrainische Sejmklub beabsichtigt, im Sejm den Antrag zu stellen, die Regierung wegen der Verhaftung fünf wehrkräftiger Abgeordneter vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Auch gegen den Sejmarschall Rataij soll Mißtrauensantrag gestellt werden.

Der neue Codexphel Canopi, ehemaliger Redakteur des „Popolo d'Italia“, ist nach Italien abgeschoben worden.

# Berliner Verkehrsunfälle.



Eine eingehende statistische Erfassung der Berliner Verkehrsunfälle begann erst im Frühjahr 1924. Hierbei lenkte die Aufsichtsbehörde ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die genaue Registrierung der Zusammenstöße der einzelnen Arten von Verkehrsmitteln und der hierbei Verletzten und Getöteten. Schon sehr bald erzielte man sehr interessante Ergebnisse, wie sie auf den beiden Graphiken außerordentlich anschaulich zum Ausdruck kommen. Es stellt sich nämlich heraus, daß die Verkehrsunfälle durch Fahrräder, Straßenbahnen und Pferdegespanne seit mehr als einem Jahre, trotz der Zunahme der Bevölkerung und vor allem des Verkehrs in ganz Berlin, fast konstant geblieben sind. Ein unvergleichlich ungünstiges Bild ergeben dagegen die Zusammen-



stöße, verursacht durch die Kraftfahrzeuge: die Unfälle steigern sich erschreckend von Vierteljahr zu Vierteljahr und haben gegenüber Anfang 1925 schon fast das Dreifache erreicht. Dieses traurige Ergebnis dürfte in der Hauptsache auf die Fahrlässigkeit der Kraftfahrzeugführer zurückzuführen sein. Entsprechend der Steigerung der Zusammenstöße ist auch die Zahl der verletzten Personen gewachsen. Der anscheinend nicht ausreichende Schutz bringt es mit sich, daß die verhältnismäßig große Anzahl der Verletzten, die sich seit einem Jahre auf fast gleichem Niveau befand, in weiterem Steigen begriff ist. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Getöteten schon seit über zwei Jahren fast konstant geblieben ist und durchschnittlich 33 Personen im Vierteljahr beträgt.

## Eifersuchtstragödie in Berlin SW.

Selbstmord des Täters.

Eine furchtbare Eifersuchtstragödie spielte sich heute vormittag gegen 11 Uhr in dem Hause Wäldernstraße 63 ab. Der 50jährige Arbeiter Anton Blandowski, der in der Hagenberger Straße 21 wohnt, gab auf seine Geliebte, die 46 Jahre alte Witwe Martha Neumann einen Schuß ab und tötete sich durch einen Kopfschuß.

Blandowski unterhielt seit längerer Zeit mit Frau N., die im 3. Stockwerk des Gartenhauses wohnt, ein Verhältnis, das in letzter Zeit aber sehr getrübt war. B. glaubte Grund zur Eifersucht zu haben und machte seiner Geliebten deswegen häufig Vorwürfe. Sie gab ihm schließlich zu erkennen, daß sie das Verhältnis zu lösen beabsichtige. B. nahm die Sache zunächst nicht ernst, bis er aber sah, daß Frau N. tatsächlich das Verhältnis lösen wollte. Widerholt wurde er bei ihr vorstellig, um sie umzustimmen. Auch heute vormittag erschien er wieder in ihrer Wohnung. Es kam zu einem heftigen Streit. B. geriet in sinnlose Wut, zog plötzlich einen Revolver hervor und gab auf seine Geliebte einen Schuß ab, der in den Kopf traf. Blutüberströmte brach die Geliebte zusammen. Nachbarn, die auf die Hilferufe der Frau herbeieilten, erzielten keinen Erfolg. Pflötzlich brachte ein zweiter Schuß B. hatte die Waffe gegen sich gerichtet. Ein Schläfenanschlag führte seinen sofortigen Tod herbei. Inzwischen erschienen Polizeibeamten des 102. Reviers, die sich gewaltsam Einlass verschafften. Frau N. wurde durch das Städtische Rettungswesen schwerverletzt in das Urban-Krankenhaus gebracht. Die Leiche des Täters wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus geschafft.

## Der brennende Vorortzug.

Auf der Strecke Stettiner Bahnhof—Oranienburg, zwischen den Stationen Hermsdorf und Frohnau, geriet heute vormittag gegen 1/8 Uhr das Dach des Führerstandes in dem elektrischen Vorortzug 93 in Brand.

Der elektrische Vorortzug 93, der um 6,50 Uhr fahrplanmäßig vom Stettiner Bahnhof abfuhr, hatte bereits die Station Hermsdorf verlassen, als im Führerstand plötzlich Feuer ausbrach. Führer und Zugbegleiter konnten sich retten und den Zug zum Halten bringen. Die Holzverkleidung und das Dach brannten in wenigen Minuten Lichterlauf. Die Fahrgäste, die sich eine begriffliche Erklärung bemächtigt hatte, verließen den gefährdeten Wagen. Das Zugpersonal suchte die Flammen zu erlöchen, was nur zum Teil gelang. Nach dreiviertelstündigem Halten auf der Strecke wurde der Zug zum Bahnhof Frohnau geleitet, wo das Feuer völlig abgebläht werden konnte. Der Zug lief als Leerzug nach Birkenwerder weiter. — Der Brand soll durch den Fahrtdiener, die im allgemeinen fehlerhaft und gefahrlos funktionierten, hervorgerufen worden sein. Während der Fahrt soll sich auch eine überaus starke Funkenbildung bemerkt gemacht haben. — Durch den Vorfall gab es eine längere Störung, die besonders von den Berliner Arbeitern und Angestellten schwer empfunden wurde, die ihre ausmühtigen Arbeitsstellen mit großen Verspätungen erreichten. Die nachfolgenden drei Züge hatten Verspätungen von 38, 15 und 3 Minuten. — Eine genaue Untersuchung ist eingeleitet worden.

## Berliner Wintersportsonderzug am 29. Januar.

Im Harz herrscht jetzt das schönste Wintersportwetter. Die Reichsbahndirektion Berlin wird daher bei ausreichender Beteiligung und weiser günstiger Wetterlage am 29. und 30. Januar eine Sonderzugfahrt von Berlin in den Harz mit einer Fahrpreisermäßigung von 33 1/2 Proz. veranstalten. Die Abfahrt erfolgt am 29. Januar von Berlin, Reichsbahner Bahnhof, um 2,50 Uhr nachmittags; Ankunft in Bernhardsrode 7,01 Uhr nachmittags, Wernburg 7,18, Bad Harzburg 7,46, Blankenburg 7,00, Elend 8,19 (welter nach Schierke am nächsten Morgen, am 30. normittags), Braunlage 9,03 nachmittags. Die Rückfahrt erfolgt am 30. Januar von Braunlage 4,25 nachmittags Elend 5,20, Schierke 5,30, Blankenburg 5,45, Bad Harzburg 5,58, Wernburg 6,24, Bernhardsrode 6,40; in Berlin, Potsdamer Bahnhof, 10,53 nachmittags. Die Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt betragen nach Bernhardsrode, Wernburg oder Blankenburg 10,20 M., Braunlage 13,50 M. — Der Fahrarten-

verkauf beginnt am Mittwoch, den 26. Januar, bei den bekannten Ausgabestellen. — Schneeschuhe und Rodelschlitten können in die Wagen mitgenommen werden.

## Die Bluttat im Finanzamt Neufölln.

Der kleine Hackbusch gestorben.

Zu der Tragödie im Neuföllner Finanzamt erfahren wir, daß der 11 Jahre alte Knabe Raffi Hackbusch, der von seinem Vater einen Schuß in den Kopf erhielt, im Krankenhaus Am Urban seiner Verletzung erlegen ist.

Der Vater Paul Hackbusch wurde nach der Tat und auch später noch auf dem Polizeiamt Neufölln eingehend vernommen. Er gab die Absicht, nicht nur seinen Sohn und sich selbst, sondern auch den Steuersekretär, mit dem er in Jümit log, zu erschlagen, zu. Schon Mitte Dezember erkundigte er sich in einem Waffenladen, ob er eine Pistole und scharfe Munition kaufen könne. Die Frage wurde ihm bejaht. Vor ungefähr 14 Tagen kam er dann wieder und kaufte Pistole und Munition. Er hat sich also mit dem Plane, sich, wie er meinte, durch Gewalt sein Recht zu verschaffen, schon lange getragen. In einem planmäßigen Vorgehen kann also gar nicht gezweifelt werden. Als Hackbusch am Sonntag vormittag mit seinem Sohne die Wohnung verließ, steckte er die Waffe zu sich. Erst auf dem Untergrundbahnhof vor dem Finanzamt in Neufölln lud er sie und suchte dann den Steuersekretär in seinem Bureau auf. Nachdem er so selbst seine Tat und die Vorgänge einwandfrei aufgeklärt hatte, wurde Hackbusch von der Kriminalpolizei dem zuständigen Richter beim Amtsgericht Neufölln vorgeführt. Dieser entließ ihn nach protokolllischer Festlegung aller Auslagen, weil Mordverdacht oder Verdunkelungsgefahr nicht vorliegen. Bei der Schwere der Tat hat aber, zumal da der Knabe gestern abend um 7 1/2 Uhr gestorben ist, das Finanzamt Neufölln doch erhebliche Bedenken gegen die Entlassung und deshalb Versuch der eingeleitet. Die Beamten besorgen, das Hackbusch seinen Versuch doch noch wiederholen könnte.

Die Grippe geht zurück. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Belegung mit Grippekranken in den städtischen Krankenhäusern hat gegen gestern nicht zugenommen. Bei der allgemeinen Dreikrankentafel sind die Krankmeldungen an Grippe um 33 1/2 Prozent zurückgegangen.

Die offene Jugtür. Vor wenigen Tagen berichteten wir von einem Zugunglück bei Wannsee, wo eine offenstehende Abteiltür eines Fernzuges gegen die Wagen eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden D-Zuges prallte, wobei mehrere Scheiben in Trümmern gingen und einige Reisende verletzt wurden. Am Sonntag früh trat sich ein ähnlicher Fall zwischen den Stationen Kirchmöser und Brandenburg zu. Eine Tür des beschrifteten Personenzuges 334, der um 6,55 Uhr vormittags vom Potsdamer Bahnhof nach Rachen fuhr, sprang auf und kreuzte einige Wagen des D-Zuges 91, der von Boiel kam. Mehrere Fensterhöfen und -stinken wurden abgerissen, einige Fensterstenden zertrümmert. Die Tür des Personenzuges wurde völlig abgerissen und zwischen den Gleisen aufgefunden. Zum Glück wurde niemand verletzt. Die Reisenden kamen mit dem Schrecken davon. — Dieser neuerliche Vorfall gibt Veranlassung an die Selbstdisziplin des reisenden Publikums zu appellieren, vor allen Dingen darauf zu achten, daß die Abteiltüren gut verschlossen sind, um ähnliche Unfälle, die sehr übel ausfallen können, in Zukunft zu verhindern.

Die Wohlfahrtskommissionen 63-69 in Beih veranstalten Mittwoch, 26. Januar, 7 1/2 Uhr, in Radday's Festsaal, Beih, Cassowstr. 39, eine Wohltätigkeitsverkellung zum Behen der Armen der Beih, unter gütiger Mitwirkung des Instrumentalarbeits Dien-Verfellen. Außerdem gelangt zur Aufführung der Schwan! „Ond Hudebein“. Karten an der Abendkasse.

„Völkisches Neuland am Rhein.“ Der Landesverband Groß-Berlin des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Vridaruppe Nordosten) veranstaltet am Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Union-Festsaal, Oranienburger Straße 229, einen Fortnachtsabend. Reichstagsabgeordneter Gen. Wilhelm Sollmann spricht über „Völkisches Neuland am Rhein“ und Reichstagsabgeordneter Gust B. mer über „Die Arbeit der Völkischen im Reichstag“. Freunde des C. V. willkommen.

Die neue Eisbahn am Zoo, auf dem Gelände der Zoo-Arena (Eingang Kochinthalstraße neben dem Planetarium) ist wieder eröffnet worden. Nachmittags von 4 Uhr ab findet des Hieren Konzert statt. Schlittschuh- und Eislaufkisten können geliehen werden; von Nachbarn wird Unterricht im Eislauf erteilt. Eintrittspreis 60 Pf. für Erwachsene, 30 Pf. für Kinder bis zu 14 Jahren; bei Konzert 1 RM. bzw. 50 Pf.

# „Die berechtigten Interessen der Arbeiter.“ Wie sie die Deutschnationalen wahren.

Der Beschäftigtenblock soll nach Hindenburg auch die „berechtigten Interessen der Arbeiter“ wahrnehmen. Es erscheint daher angebracht, einmal einen Blick in einige pommerische Kreis-tarife zu werfen, die zwischen dem durchaus und stramm deutschnationalen Pommerischen Landbund und seiner „Arbeitnehmergruppe“ abgeschlossen wurden. In dem Landbuntarif für den Kreis Stolp heißt es:

„Das Wohnrecht der Familienmitglieder des Deputanten ist beschränkt auf die Ehefrau, die schulpflichtigen Kinder und die schulpflichtigen Kinder, soweit sie im Betriebe des selben Arbeitgebers arbeiten. Für alle anderen Personen ist die Zustimmung des Arbeitgebers Voraussetzung und gilt bei Zuwiderhandlungen als Kündigungsgrund.“

Nach diesen Bestimmungen, die auch in einer ganzen Reihe anderer Landbuntarife Pommerns enthalten sind, bestimmt der Arbeitgeber, nicht der Landarbeiter, darüber, welche Personen sich in der Wohnung eines Landarbeiters aufhalten dürfen.

Der Landbuntarif für den Kreis Greifswald weist folgende Bestimmung auf:

„Kann der Deputant überhaupt keinen Hofgänger stellen, so kann im Einverständnis mit dem Arbeitgeber diese Verpflichtung durch Leistung von 700 Frauen-Arbeitsstunden abgelöst werden. In diesem Falle fällt jedoch bei Nichtgewährung die entsprechende Sonderentschädigung für Hofgängerhaltung fort. Wird kein Hofgänger gestellt und ist die Frau von 700 Stunden verpflichtet, so wird das Korndeputat für jede weniger als 700 geleistete Stunde um 1 Pfund verkürzt.“

Die Verpflichtung, Familienmitglieder zur Arbeit zu schicken, wird in noch viel stärkerem Maße in dem Landbuntarif für den Kreis Schlawe betont. Es heißt dort:

„Arbeitsfähige Personen, die in Gutwohnungen wohnen, dürfen außerhalb ihrer Arbeit annehmen. In allen Familien, die weniger als 2 Hofgänger stellen, ist jede dort wohnende Person verpflichtet, als erster bzw. zweiter Hofgänger zur Arbeit zu gehen.“

Der Landbuntarif für den Kreis Belgard enthält folgende Bestimmung:

„Wer sich eines Eigentumsvergehens gegen seinen Arbeitgeber schuldig macht oder zu einer solchen Handlung in irgendeiner Form Beihilfe leistet, kann sofort entlassen werden. Tücher Erstattung des Wertes hat er für jeden Fall die Strafe bis zu einem Zentner Roggen zu zahlen.“

Nach dieser Bestimmung wird ein Eigentumsvergehen nicht weniger als dreimal bestraft, erstens durch sofortige Entlassung, zweitens durch Rückerstattung des Wertes des gestohlenen Stückes und drittens durch eine Sühnestrafe von 1 Zentner Roggen.

Eine andere Bestimmung in demselben Landbuntarif hat folgenden Wortlaut:

„Unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit oder unberechtigtes Enternen von der Arbeit oder Arbeitsunfähigkeit durch Trunkenheit berechtigt den Arbeitgeber zur Einbehaltung des Tageslohnes und des Geldwertes des Naturallohnes. Für Schäden an Vieh und Inventar durch Verschulden des Arbeitnehmers oder seiner Angehörigen haftet Arbeitnehmer nach dem Gesetz bis zur Höhe des 15fachen Ortslohnes (nach der Reichsversicherungsordnung) kann der Arbeitgeber sich an den Diebstahl halten.“

An die gesetzlichen Bestimmungen hält man sich bei den Landbuntarifen längst nicht mehr. Die Arbeitszeit, die nach der vorliegenden Landbuntarifordnung mit höchstens 2900 Stunden im Jahre festgesetzt ist, ist in vielen pommerischen Kreisen bereits wesentlich überschritten. In den Kreisen Franzburg und Greifswald beträgt die tarifliche Arbeitszeit jährlich 2922 Stunden, in Grimmen und auf Rügen 2929 Stunden, in Schwedt 2961, Rostin und Randow 2963, Greifenberg 2973 und Regenwalde 2974 Stunden.

An diesen wenigen Feststellungen ist deutlich zu erkennen, was von der deutschnationalen Arbeiterpolitik zu halten ist. Von dem „Rückführen mit den Landarbeitern“ spricht man, aber die allmähliche Befreiung ihrer Errungenschaften und die ständige Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse meint man. Das kann auch gar nicht anders sein, wenn man bedenkt, daß nicht die Not der Landarbeiter, sondern lediglich der Wunsch der deutschnationalen landwirtschaftlichen Unternehmer, eine rücksichtslos eingestellte und gut funktionierende Interessenvertretung zu besitzen, zur Bildung der Landbuntariforganisationen geführt hat. In dieser deutschnationalen „Vollgenossenschaft“ werden die „berechtigten Arbeiterinteressen“ gewahrt, so wie der Beschäftigtenblock sie vertreten soll.

## Sür die erwerbslose Jugend.

### Widersprüche im Reichsarbeitsministerium.

Der Reichsarbeitsminister hatte am 29. November vorigen Jahres in einem Rundschreiben an die Landesbehörden die Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche auf dem Gebiete der beruflichen Fortbildung einer besonderen Würdigung unterzogen. Nach der bisher herrschenden Praxis hatten die Gemeinden mindestens 50 Proz. der Kosten solcher Veranstaltungen zu tragen. Der Reichsarbeitsminister gab durch dieses Rundschreiben die Möglichkeit, sie zu mehr als 50 Proz. aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu finanzieren und erklärte sich bereit, „den entsprechenden Anteil auf Mittel des Reiches zu übernehmen.“

In dem oben erwähnten neuen „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 3 wird nun ein Bescheid des Reichsarbeitsministers an den badischen Minister des Innern vom 6. Januar 1927 veröffentlicht, der sehr merkwürdig ist. Er stellt nämlich fest, daß nicht beabsichtigt war,

Reichsmittel über die zulässige Höchstgrenze (das sind 50 Proz. des täglichen Unterhaltungsbedarfes pro Teilnehmer) zur Verfügung zu stellen. Es hätte fernerhin, da der Bescheid der Deutschnationalen unterbreitet wird, auf die anfangs erwähnte Bereitwilligkeit zur stärkeren finanziellen Unterstützung finanzschwacher Gemeinden (über 50 Proz. hinaus) aus Reichsmitteln hingewiesen werden müssen.

Mit diesem Hinweis soll für die Arbeitervertreter in Gemeinden und Arbeitsämtern erneut erwähnt werden, daß die Zuschüsse auch für die nichtunterstützungsberechtigten jugendlichen Teilnehmer an beruflichen Lehrgängen den Gemeinden zu zahlen sind.

## Eggert über die Aufgaben der Gewerkschaften.

In der selber nur mäßig besuchten Brandenburger Versammlung der Maschinen- und Autoschlösser am Montag in den Ruffertstr. sprach Genosse Eggert vom ADGB über die Wirtschaftslage in der Metallindustrie und die Aufgaben der Arbeitervereine. Er ging zunächst auf die gewaltigen Zusammenstöße des internationalen Kapitals ein und zeigte an einem reichhaltigen Zahlenmaterial die Leistungssteigerungen, wie sie sowohl in der Eisenindustrie als in der Maschinenindustrie bei verminderten Belegschaften eingetreten sind. So hat zum Beispiel, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen, die deutsche Maschinenindustrie 1925 im Monatsdurchschnitt 230 000 Tonnen an Maschinen ausgeführt. 1926 ist die Ausfuhr an Maschinen ganz gewaltig gestiegen und betrug im November 1926 rund 405 000 Tonnen. Das Widerstand ist jedoch nicht, daß trotz der Senkung der Produktionskosten infolge der Rationalisierung die Kaufkraft im Inlande gedroht wird durch Niedrighaltung der Löhne und Hochhaltung, ja teilweise sogar durch Steigerung der Preise.

Diese durch die Kartelle verursachte Entwicklung ist auf die Dauer einfach unhaltbar, da nicht nur die breiten Volksmassen immer mehr verarmen, sondern schließlich auch die deutsche Wirtschaft in ihren Erzeugnissen erliegen muß. Eng verbunden mit der Notwendigkeit der Erhöhung der Reallohn ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Es ist bedauerlich, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse das nicht begreifen will und immer noch der irdigen Auffassung ist, durch Überstunden ihr Realeinkommen erhöhen zu können. Wenn die Aktion der Spitzenvereine auf Wiedereinführung des Achtstundentages von Erfolg gekrönt werden soll, dann muß in den Betrieben selbst der Kampf gegen das Überstundenunwesen viel stärker einsetzen. Wenn es nicht gelingt, diese Forderung durchzusetzen und somit einen großen Teil der Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen, werden die notwendigen Kämpfe der in Arbeit Stehenden um Erhöhungen der Löhne stets sehr schwer sein. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Kampf um die Existenz der Arbeiterklasse selbst und muß als solcher erkannt und auch geführt werden.

Nach dem Referat brachte der Kommunist König in einer längeren Zeit, als der Referent zu seinem Vortrag gebraucht hatte, seine kommunistischen Begehren an den Mann, die in der Forderung: Abschluß von Kampfverbänden mit den Bergarbeitern und Bergbauarbeitern, Aufnahme der Erwerbslosen in die Organisation, Aufnahme von Kämpfen auf breiter Front usw. gipfelten. Die ihm folgenden Kommunisten bliesen natürlich in dasselbe Horn.

Als Eggert in seinem Schlusswort ihnen manchmal sehr bittere Wahrheiten sagte, antworteten sie entweder mit ganz dummen Zwischenrufen oder trafen, was den Referenten jedoch nicht hinderte, die Auffassung der Gewerkschaften über Gewerkschaftspolitik lachlich und bestimmt klarzulegen.

## Feierschichten und Lohnurlaub im Bergbau.

Die Gewerkschaft Glimmerode hatte denjenigen Arbeitern, deren Urlaub in eine Zeit fiel, während der auf dem Werke Feierschichten eingelegt waren, diese Feierschichten auf den Urlaub angerechnet. Die Gewerkschaft war der Ansicht, daß die Arbeiter, die während der Feierschichten Urlaub haben, materiell nicht besser gestellt sein sollen als Arbeiter, die ohne Lohnurlaub bezugs nehmen müssen.

Die betroffenen Arbeiter erhoben bei der tariflichen Reklamation die Klage auf Gewährung des vollen Lohnurlaubes, wurden jedoch zurückgewiesen.

Im Berufungsverfahren vor der Oberschiedsstelle in Halle haben die Kläger unter dem unparteiischen Vorsitz des Senatspräsidenten Thielmann recht bekommen. (Streitsfall S. I. 109 vom 11. Dezember 1926.)

In der Begründung heißt es im wesentlichen:

„Die Bestimmungen des Tarifvertrages vom 29. September 1925 regeln in dem § 10 den „Lohnurlaub“ und bemessen seine Dauer je nach der Dauer der Tätigkeit im Bergbau nach „Arbeits-tagen“. Die Steigerung der Urlaubsdauer nach der Dauer der Tätigkeit spricht dafür, daß der Urlaub eine Vergünstigung sein soll; es soll der urlaubsberechtigte Arbeiter an Tagen, an denen seine Kameraden arbeiten, das Recht haben, sich zu erholen und dabei den Lohn erhalten, den er haben würde, wenn er mitarbeitete. Würden die Feierschichten mit in den Urlaub eingerechnet werden, so würde der beurlaubte Arbeiter an diesen Tagen keinerlei Vergünstigung genießen, er würde an diesen Tagen keinen „Lohnurlaub“ haben. Daß die Feierschichten nicht in den Urlaub einzurechnen sind, folgte auch aus der Ziffer 7 Satz 1, nach der während des Urlaubs keine andere Lohnarbeit ausgeführt werden darf.“

Mit dieser Auffassung stimmt die Entscheidung der Reichsarbeitskommission vom 26. Oktober 1923 überein, die besagt:

„Wenn in den Urlaub eine vom Werk angeordnete Feierschicht fällt, soll diese auf die Urlaubsdauer nicht angerechnet werden, es sei denn, daß sie bezahlt wird.“

Die Frage der Vergütung von Urlaubstagen bei verkürzter Arbeitszeit ist im vorliegenden Falle nicht zu entscheiden.

Dennoch steht den beteiligten Arbeitern noch für so viele Tage ein Urlaubsanspruch zu, als ihnen Tage auf den Urlaub angerechnet worden sind, an denen Feierschichten eingelegt waren. Dieser Anspruch würde nur dann hinfällig werden, wenn die Grube ihnen für die zu unrecht angerechneten Tage die in Ziffer 4 vorgesehene Vergütung zahlen würde.

Diese Entscheidung ist endgültig.  
Wir empfehlen diese sehr wichtige Entscheidung der Beachtung für die Belegschaften und Betriebsräte aller Bergbaubetriebe.

## Tariffbewegung der Maler.

Der Verband der Maler und Lackierer hatte zu Sonntag vor-mittag nach dem Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Maler einberufen, um zu den bevorstehenden Reichstarifverhandlungen Stellung zu nehmen.

Genosse Schlemann besuchte eingehend die Positionen des Reichstarifes, die sich in der Praxis als völlig unhaltbar gezeigt haben und bringen einer Veränderung bedürfen. Es sind nicht nur die Löhne, die völlig unzureichend und abänderungsbedürftig sind, sondern auch die Bestimmungen über den Urlaub, die Betriebsvertretungen sowie die ärztlichen Bereinigungen über die Fahrzeit- und Jahrgeldentschädigung, die Landzulage, den Arbeitsnachweis usw.

Die Diskussion, die sich mit geringen Ausnahmen im Sinne der Ausführungen des Genossen Schlemann bewegte, ließ klar erkennen, daß die Berliner Maler gewillt sind, ganz entschieden für eine Verbesserung des Reichstarifes sowie des Ortsstarifes einzutreten. Die Versammlung nahm zum Schluß gegen wenige Stimmen folgende von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Entscheidung an:

Die am 23. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der Maler beauftragt den Fiskusvorstand, beim Hauptvorstand zu beantragen: 1. Angesichts der eingetretenen Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel sowie der bereits vorgenommenen und weiter beabsichtigten Erhöhungen der Mieten eine angemessene Erhöhung des jetzigen Tariflohnes zu fordern; 2. die Ferienfrage tariflich so zu regeln, daß auch tatsächlich alle Maler in den Genuss der Ferien kommen; 3. tariflich festzulegen, daß in allen Betrieben, in denen keine Betriebsvertretung besteht, die Organisationsleitung die Rechte der Betriebsvertretung hat.

Der Berliner Fiskusvorstand erhält weiter den Auftrag, nach Beendigung der Haupttarifverhandlungen beim Ortsstarifamt zu beantragen: 1. Die Jahrgeldfrage so zu regeln, daß nach allen außerhalb der 6 Berliner Verwaltungsbezirke gelegenen Arbeitsstellen das gesamte Jahrgeld zu zahlen ist; 2. die Landzulage mit festen Entschädigungsfähigkeiten tariflich festzulegen; 3. das Obligatorium für den Arbeitsnachweis ortstariflich zu vereinbaren; 4. die Berufszulage wieder einzuführen sowie das Abbummeln der Überstunden festzulegen.

## Amerika und seine Wirtschaftspolitik.

Dr. Ing. Müller führte am Sonntagabend im Hörsaal der Urania seinen am Mittwoch gehaltenen Vortrag über „Die amerikanischen Wirtschaftserfolge als Auswirkungen der Arbeiter- und Arbeitnehmerpolitik“ zu Ende. Seine an sich objektiven Ausführungen, von guten Lichtbildern unterstützt, gipfelten in der Empfehlung an die deutschen Unternehmer, ähnlich wie die amerikanischen Unternehmer ihre Arbeiter durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik, durch menschenwürdiger Behandlung und höhere Löhne aus dem Werk zu fesseln. Als wirksamstes Mittel sieht er die finanzielle Beteiligung der Arbeiter am Werk durch Arbeiteraktien. Er überließ ganz, daß trotz dieser finanziellen Beteiligung der Arbeiter in Amerika der Arbeiterwechsel in den Werken zum Teil äußerst hoch ist, was auch aus den von ihm mitgeteilten Zahlen hervorging. Immerhin boten seine Ausführungen vieles, was den Ansinn der Wirtschaftspolitiker und Arbeiterpolitik der deutschen Unternehmer grell beleuchtete, zugleich aber auch zeigte, wie berechtigt die Forderung der deutschen Gewerkschaften nach einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ist.

**Wichtig, Stroms-Rebelle!** Mittwoch, den 3. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet eine Versammlung sämtlicher SPD-Arbeiter und Angehörigen im Hotel Germania-Geertshaus statt. Jeder muß erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

**Seiler-, Mast- und Schachtelwäcker-Bund, Bezirksverein Groß-Berlin.** Mittwoch, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophien-Eilen, Sophienstraße 17/18, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht für das Jahr 1926; 2. Rechenschaft für das 4. Quartal 1926; 3. Vernehmlich des gesamten Vorstandes und sämtlicher Kommissionen; 4. Aufnahme neuer Mitglieder und 5. Beschlußnahme.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

## Aus der Partei.

Der Verband sozialdemokratischer Akademiker hält seine dies-jährige Jahresversammlung vom 16. bis 18. April in Nürnberg ab. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Referate der Genossen Universitätsprofessor Dr. Ledebur-Heidelberg: „Der moderne Imperialismus und der Sozialismus“ und Dr. Mennicke, Direktor an der Hochschule für Politik, Berlin: „Der Sozialismus als sittliche Idee.“ In jeder der Vorträge wird sich eine Aussprache anschließen. Zur Teilnahme sind alle Parteigenossen eingeladen. Der Zutritt zu allen, auch den geselligen Veranstaltungen, ist unentgeltlich. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Verbandes, Heidelberg, Neue Schlossstraße 7a.

Verantwortlich für Politik: Dieter Schiff; Wirtschaft: G. Klingebier; Gewerkschaftsangelegenheiten: R. Götzen; Funktion: Dr. John Schifano; Lokale und Genossen: Reichsrat; Angelegenheiten: Th. Glöckler; Sämtlich in Berlin. Verleger: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag-Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

**Ohne Geld! Radio-**  
Lautsprecher-Anlagen von 85 M. an. Alle Markenfabrikate, Teile zu Original-Ladenpreisen ohne Anzahlung auf Wochenraten liefert nur **Bert. Phönix**, Schönweiderstraße 7, nahe Ringbahnhof Neukölln. Verlangt Vertreterbesuch. Telefon: Neukölln 4990.

**Albert Springare**  
Großgarage und Tankstelle  
Tag und Nacht geöffnet.  
Auto-Reparatur-Werkstatt  
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 6376  
Lohringer Str. 107, Ecke Lintensstraße 14, am Prenzlauer Tor.

**J. Baer, Berlin N20**  
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee  
**Neuheiten für den Winter**  
Herren- und Knabenmoden  
Fertig und nach Maß  
Joppen und Schlafrocke  
**Sport- und Berufskleidung**  
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware

**Berliner - Elektriker - Genossenschaft**  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf  
Sprecher Norden 65 24 u. 65 26 Landhausstraße 4. Tel.: Platzburr 9831  
Anstellungsstelle und Lager  
Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.  
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs  
zu kulantem Zahlungsbedingungen.  
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

**Lebenslängliche Garantie**  
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften

**Trauringe**  
1 Ring 500 gest. (Dukatengeld) 7 gr. schwer M. 25,50  
1 „ 585 „ „ „ „ 5 „ „ 14,80  
1 „ 333 „ „ „ „ 4 „ „ 7,00  
gratis  
Sündig ca. 3000 Stück auf Lager  
Gravieren gratis, zum Mitnehmen  
Ges. geschützt

**Hermann Wiese, Berlin**  
S. 24, Artilleriestr. 30  
W. Passauerstraße 12

**Korbmöbel! Sonderangebot!**  
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegener Ausführung kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei  
**Wilhelm Schulze**  
Hombouplatz 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungserleichterung  
Telephon: Alexander 4112

**Achtung!**  
**Billiger Fleisch- und Wurstverkauf**  
billig und gut  
**40 Thierstraße 40**